

EDITORIAL

Heißer Sommer

von Kristin Hofmann

Na, habt ihr auch den Schlager im Ohr? Hier in der Stadtgeschäftsstelle der LINKEN im Haus der Begegnung habe ich ihn mir, seit ich aus der Elternzeit wieder da bin, schon ein paar Mal angehört.

Aber neben dem besungenen wolkenlosen Himmel sind andere Dinge ebenfalls aktuell: in Hannover ist eine Flugzeuglandebahn geschmolzen, befreundete Kleingärtner*innen dürfen aufgrund der Trockenheit nicht mehr mit Brunnenwasser gießen und allorts beklagen die Bauern Ernteinbußen. Wie in jedem Sommer der letzten Jahre schmilzt und brennt sich die Erkenntnis heiß und heißer in unsere Wahrnehmung: Klimawandel.

Ich persönlich möchte eher weniger anklagen, und die Schuld bei den letzten Generationen suchen. Natürlich war die Fokussierung auf Braunkohleverstromung ein Fehler, aber ein Fehler seiner Zeit. Ich bin davon überzeugt, dass alle, so sie gut informiert, zur Empathie fähig, ermutigt und außerdem ohne Existenzängste sind, alle Kraft darauf verwenden, diese Welt zu erhalten.

Demnach möchte ich nicht tadeln sondern ermächtigen, die Chancen der kommenden Generationen zu nutzen. Und ich möchte vor allem erinnern, wie leicht es im Privaten sein kann, für die (ungeborenen) Enkel*innen eine bessere Welt zu hinterlassen. Mehrweggeschirr, antikapitalistische Wahlentscheidung, Leitungswasser und ab und an Bohnen statt Boulette. Es ist eine Auseinandersetzung mit eigenen Vorlieben, Bequemlichkeiten und Vorurteilen. Aber sie lohnt. Nicht vordergründig, aber – und das ist so wahr wie abgedroschen – jeder Schritt hilft.

Und am Ende – und das „ist das einfache, das schwer zu machen ist“ (frei nach Brecht) hilft es nur, das System zu ändern. Im Großen wie im Kleinen. Lasst uns versuchen, das Dresdner System bei den Kommunalwahlen weiter zu verbessern! Helft mit, diskutiert das Wahlprogramm, kandidiert für die Räte und versorgt die Dresdner*innen mit Material, damit sie gut informiert entscheiden können, wie sie durch ihr Handeln Dresden und damit die Welt besser machen können.

Sorgsamer miteinander umgehen

von Jens Matthis

Als ich mich auf dem Stadtparteitag zur Wahl als Delegierter stellte, versprach ich den Dresdner Genossinnen und Genossen, mich diesmal auf dem Parteitag auch zu Wort zu melden und meine Meinung zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der Partei zu sagen. Diese Auseinandersetzungen waren auf dem Parteitag auch tatsächlich ein Diskussionsschwerpunkt, sowohl in der der Generaldebatte, als auch in einer zusätzlich beantragten Debatte nach Sahra Wagenknechts Rede. Allerdings gab es einmal mehr als sechzig und einmal weit über hundert Wortmeldungen, aus denen die jeweils rund zwanzig Rednerinnen und Redner ausgelost wurden. Mir war das Losglück leider nicht hold, ich nutze aber diese Stelle, um meinen nicht gehaltenen dreiminütigen Redebeitrag wiederzugeben.

Liebe Genossinnen und Genossen! Ist es denn wirklich so, dass in der Linken zwei Frauen miteinander ringen – weil die Eine aus Gründen der ökonomischen Vernunft und Verantwortung für kleinen Leute die Zuwanderung begrenzen und die Grenzen kontrollieren will, egal welche Konsequenzen das für die Flüchtlinge hätte; während die Andere getreu den sozialistischen Idealen und getreu dem Parteiprogramm den Flüchtenden dieser Welt helfen will und dabei die sozialstaatlichen Errungenschaften in Deutschland und die Wählerakzeptanz der LINKEN aufs Spiel setzt?

Ist es wirklich der Streit führender Genossinnen über diese Frage, verbunden mit persönlicher Animosität und Rivalität? Als genau das wird es seit Monaten inszeniert und alle, alle machen mit.

Sowohl die außenstehenden Betrachter, die Journalisten, als auch die innerparteilichen Diskutanten und erst recht natürlich die Kommentatoren in den sozialen Netzwerken. Am Ende sogar, in diese Rollen gedrängt, die beiden selbst. Wer beide kennt, der weiß, dass beide hochintelligent sind und außerordentlich differenziert denken und reden können, der ahnt, dass es so simpel wohl nicht ist.

Es geht nämlich keineswegs um den Widerspruch zwischen zwei Personen, zwei Parteiströmungen oder zwei politischen



Konzepten, zwischen denen sich die Partei nun endlich einmal entscheiden müsse. Sondern es geht um einen Widerspruch, der in der neoliberalen kapitalistischen Gesellschaft selbst liegt.

Beides ist richtig: Die massenhafte Wanderung auf dieser Erde von Süd nach Nord ist ein gigantischer Brain Drain, ein Absaugen der Bildungseliten, eine Abwanderung der Jugend und damit eine schwere zusätzliche Hypothek für die ökonomische und soziale Entwicklung der Länder des Südens. Zugleich ist die Einwanderung eine Erleichterung für Lohn- und Sozialdumping im Norden, also bei uns. Das schürt Ängste, irrationale aber auch sehr rationale. Aber auf der anderen Seite ist die Flucht nach Norden für jede und jeden Einzelnen vielleicht die einzige reale Chance auf ein auch nur ein einigermaßen erträgliches Dasein für sich und die eigenen Kinder oder gar für die Rettung des eigenen Lebens vor Krieg, Hunger, Schikanen und Verfolgung. Diesen Menschen solidarisch zu helfen, mit ihnen zu teilen, ist ein Gebot der für Sozialistinnen und Sozialisten unerlässlichen Menschlichkeit.

Niemanden wird es gelingen, diesen unmenschlichen Widerspruch unter den Bedingungen einer kapitalistischen Welt aufzulösen - auch uns nicht, beim besten Willen nicht. Das ist für mich

auch der entscheidende Grund, warum ich niemals den Kapitalismus als das letzte Wort der Geschichte akzeptieren werde. In diesem globalen gesellschaftlichen Widerspruch müssen wir uns als sozialistische Partei verhalten und werden dabei zwangsläufig den derzeitigen politischen Diskurs zwischen Katja Kipping und Sahra Wagenknecht mit wechselnden Namen immer wieder reproduzieren.

Was wir tun müssen, sind drei Dinge: 1. Diesen unerträglichen Widerspruch vor aller Augen als dem Kapitalismus wesenseigen kennentlich machen und bloßstellen.

2. Pragmatisch und menschlich handeln, Grenzen so weit wie möglich für viele Menschen öffnen, anstatt abstrakt zu streiten, was genau mit „offene Grenzen“ gemeint sein mag und im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten tatsächlich zur Beseitigung von konkreten Fluchtursachen beitragen.

3. In den notwendigen Diskussionen und Auseinandersetzungen sorgsamer miteinander umgehen, als wir es derzeit tun.



Foto: DIE LINKE, Duisburg

Schatten der Vergangenheit

von Katja Kipping

Am 9. Juni 2018 wurde ich auf dem Bundesparteitag in Leipzig zum vierten Mal, gemeinsam mit Bernd Riexinger, zur Vorsitzenden unserer Partei gewählt. Es waren bislang sechs schöne, aber natürlich auch anstrengende Jahre. Zeit, sich zu bedanken: Bei allen, die mich - auch mit bisweilen kritischen Worten - unterstützt haben, vor allen Dingen aber - und ich sage das ganz bewusst in einer Zeit, in der viele junge Leute in unsere Partei kommen - bei allen Genossinnen und Genossen, die seit nunmehr fast drei Jahrzehnten dafür gesorgt haben, dass es uns als Partei heute überhaupt noch gibt. Was sie mitunter an Ausgrenzung und Beschimpfungen ertragen haben, wie widerständig sie trotzdem weitergemacht haben - in Räten, Parlamenten, bei Demonstrationen, an Infoständen - aber auch ganz alltäglich im Freundes- und Bekanntenkreis - das verdient den allergrößten Respekt!

Ich vermute, die nächsten Jahre als Parteivorsitzende werden wohl die schwierigsten sein. Nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa befindet sich in einer äußerst schwierigen, eigentlich dramatischen Situation. Innerhalb weniger Jahre ist es den reaktionären Kräften

gelingen, das gesellschaftliche Klima in einem Ausmaß zu vergiften, das man so nicht für möglich gehalten hätte. Ein Genosse brachte es kürzlich in einem Gespräch sehr drastisch auf den Punkt: „Wohin Du auch schaust und hörst: All dieser Hass, diese Missgunst, dieser rohe Hohn gegen ehrenwerte, solidarische Menschen, all diese verbale und dräuende physische Gewalt - man hält es kaum aus. Diese profaschistischen Hetzer verderben einem die Freude am Leben!“

Planvolle Zerstörung der EU

Ich kann das gut nachvollziehen, denn ich bekomme selbst genügend Verachtung ab. Und dennoch: Wir dürfen uns weder entmutigen, noch von der allgegenwärtigen Hetze beeindruckt oder gar anstecken lassen. Dies gilt besonders für die Diskussion um Solidarität mit Geflüchteten. Es geht den Protagonisten der rechten Bewegung - innerhalb und außerhalb der AFD - überhaupt nicht vorrangig um die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen. Die Hetze gegen Flüchtlinge und die tiefst alberne Beschwörung einer „Islamisierung“ Deutschlands sind reine Vernebelung und dienen

vielmehr der Formung einer kritischen Masse, mit deren Hilfe man ganz andere Ziele verfolgt. Das erste davon ist die Zerstörung der Europäischen Union. Die Einführung von Grenzkontrollen ist der Anfang vom Ende des Schengener Abkommens und damit letztendlich auch der EU. Am Ende dieser Entwicklung stünde ein abgeschotteter, autoritärer, antiliberaler, völkisch definierter Nationalstaat, in dem sehr schnell ganz alte Rechnungen auf den Tisch gelegt würden.

Der rechte Verleger Götz Kubitschek, Vordenker und Strippenzieher der Neuen Rechten in Deutschland lässt auch gar keinen Zweifel, welche Tugenden dann wieder geschätzt würden und tönnte in einem Gespräch mit zwei Journalisten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ im April 2016 ganz offen: „Loyal ist, wer bereit ist, für das Land, in dem er lebt, in den Krieg zu gehen und sich erschießen zu lassen.“

DIE LINKE als Kontrastprogramm

Es läuft einem kalt den Rücken runter, wenn man solche - ohne jegliche Scheu - ausgesprochene Worte hört. Müßig zu erwähnen, dass Kubitschek

schon mehrmals gefeierter Gastredner bei Pegida war. Wer nun - wie Horst Seehofer, Markus Söder oder Andreas Scheuer - glaubt, aus purer Angst vor einem Machtverlust in Bayern, diesen politischen Geisterfahrern das Wort reden zu müssen, sägt selbst kräftig mit am Ast der Demokratie und der freien - wenn auch bürgerlichen - Gesellschaft. Betrachtet man das Erstarken nationalistischer Parteien und autoritärer Bewegungen in Europa, wird die Gefahr noch deutlicher, in welcher wir uns momentan befinden. In dieser bewegten und gefährlichen Zeit ist es Aufgabe der Linken das Kontrastprogramm zur autoritären Rechten zu sein. Und das tun wir am besten, indem wir dem rechten Zeitgeist die Stirn bieten und zugleich die Frage nach den Ursachen für sein Erstarken stellen. Die Rechten schüren Ängste und benennen alles NICHT-Deutsche zur Ursache dafür. Wir hingegen nehmen die Alltags-Sorgen der Menschen wirklich ernst. Und anstatt auf Sündenböcke zu verweisen, sprechen wir die wirklichen Ursachen an, und diese sind immer noch ökonomischer und sozialer Art.

Dr. Marx - übernehmen Sie!

von Thies Gleiss

Wenn das Erfurter Grundsatzprogramm der LINKEN auf einer beliebigen Seite aufgeschlagen und mit einer Nadel irgendwo in den Text gepiekt wird, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass eine Forderung oder eine Zielsetzung getroffen wird, die sehr unrealistisch ist und erst mittels eines radikalen gesellschaftlichen Aufbruchs (manche nennen das Revolution) erreicht werden wird, und dessen einzelne Konsequenzen und Auswirkungen auch auf die Menschen selbst gar nicht abzusehen sind.

30-Stundenwoche; früherer Renteneintritt; gleicher Lohn für gleiche Arbeit; Vergesellschaftung der wichtigsten Industrien vor allem in den Bereichen der Daseinsvorsorge; Entmachtung und Zerschlagung der Großbanken; Auflösung der Nato; neue Vertragsgrundlagen für die EU; keine Rüstungsproduktion mehr; Rückzug aller Bundeswehrtruppen aus dem Ausland; Ausstieg aus der Kohle; Kostenloser öffentlicher Nahverkehr; Ausstieg aus der Großagrarindustrie; demokratischer

Sozialismus - und so weiter und so fort. Alles wunderbare Forderungen, einseitig, voller Leben und der Kampf dafür könnte eher heute als morgen beginnen - wenn er nicht schon im Gange ist.

Offene Grenzen und tiefsitzende Blockaden

Die gesamte politische Konzeption der LINKEN basiert auf diesem Konzept, unrealistische Forderungen aufzustellen, deren einziger Realitätsbezug darin besteht, dass die Menschen sie heute gut finden und heute dafür kämpfen können.

Da stellt sich die Frage, warum sich ausgerechnet eine einzige Forderung aus dem Erfurter Programm heute auf allen Ebenen - von der Fernsehtalkshow bis zum LINKEN-Parteitag - dafür rechtfertigen muss, angeblich „unrealistisch“ zu sein. Die Forderung nach Freizügigkeit und nach offenen Grenzen. Nur darüber werden im wachsenden Maße skurrile, böartige und irrationale Streitereien ausgetragen.

Es könnte sein, dass die LINKE eine echte Hosenscheißerpartei ist, die immer dann nicht an ihre eigenen Worte glaubt, wenn es ernst wird und die praktische Umsetzung ihrer Forderungen auf der Tagesordnung steht. Aber das halte ich (zum Glück) nicht für ausschlaggebend.

Ich glaube viel mehr, wir haben es hier mit tiefsitzenden rassistischen Blockaden zu tun. Mit Dämonen des nationalen Chauvinismus, die alle abstreiten jemals gesehen und darunter gelitten zu haben. „Offene Grenzen“ das geht doch nicht. Nicht weil „dann alle kommen“, nicht weil „die Menschen es nicht verstehen“, sondern schlicht und einfach, weil es Genosse X und Genossin Y selber nicht gut finden, selber unbestimmte Ängste demgegenüber entwickeln.

Vielleicht sollten wir die Debatte über „Offene Grenzen“ noch einmal ganz anders aufziehen. Mit mehr Ehrlichkeit und mit mehr persönlichen Inputs.



Linke Woche der Zukunft

Wie wollen wir leben? Wie sehen die Städte der Zukunft aus? Wie retten wir das Klima? Was wollen wir produzieren und wie? Wie wird Digitalisierung gerecht? Was muss passieren, damit die Arbeit ums Leben kreist? Wie stellen wir uns den Rechten in den Weg? Was tun gegen Aufrüstung und Waffenexporte? Wie machen wir Politik vor Ort, in Europa? Wie werden wir mehr? Wie verändern wir die Welt? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt auf der Linken Woche der Zukunft vom 13. bis 16. September 2018.

Diese Linke Woche der Zukunft wird keine Konferenz, auf der (nur) berühmte Menschen und Fachleute über Theorie, Analysen und die Herausforderungen der Zukunft sprechen. Wir wollen gute Analysen und Strategien, aber sie werden nur wirksam, wenn wir auch fragen „was tun?“ und „wer tut es?“. Die Linke Woche der Zukunft wird Event, Labor, Debattenraum und Politreffen sein. Wir verbinden Politik und Kultur, Gesellschaftsanalyse und eingreifende Praxis, DIE LINKE, soziale Bewegungen und ihr Umfeld, kollektives Handeln und gemeinsames Tanzen, Strategie und Theater. Wir wollen diskutieren und 3-D-Drucken, planen und programmieren, lernen und Erfahrungen teilen, feiern und vernetzen.

Wir bieten ein Tribunal über den Pflegenotstand, Klassenkampf im Plattform-Kapitalismus, ein feministisches Labor, einen Crash-Kurs linkes Organizing, Aufstehen gegen Rassismus, Kämpfe um Zeit und Gerechtigkeit. Sozial-Ökologischen Umbau und eine Ver-



kehrswende für lebenswerte Städte. Vernetzungen von Mieter-Initiativen, Pflegekräften, Kämpfer_innen für kürzere Arbeitszeiten. Wir reden über die Demokratie der Zukunft und wie wir uns die Politik und die Zukunft zurückholen. Wir laden zu einem Abend umsonst und draußen mit Musik, Kultur und Politik für bezahlbares Wohnen ein. Die klassische Kinderbetreuung wird durch ein inhaltliches Programm für Kinder mit Kinderparty ergänzt.

Eine Internationale der Hoffnung

Solidarität der Vielen oder autoritärer Kapitalismus?

Die 100 reichsten Männer besitzen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. Weltweit sind die Rechten im Aufschwung. Der globale Kapitalismus bedroht die Demokratie. Neue Kriegsgesfahren und die sich zuspitzende Klimakrise bedrohen das Überleben von Mil-

lionen Menschen. Wir leben in Zeiten der Krise. Und wir erleben, dass 200 Jahre nach Marx' Geburtstag radikale Veränderungen wieder denkbar werden.

Nicht nur unter den sogenannten Millennials wird wieder über Kapitalismuskritik, Klassen und Sozialismus gesprochen. In den USA und Großbritannien entwickelt sich eine neue Linke in der Krise des sozialdemokratischen Neoliberalismus von Clinton und Blair. Auch hierzulande entsteht in neuen Streiks, Mietenprotesten, antirassistischer und Klimabewegung eine Solidarität der Vielen. Wie können wir die Entwicklung hin zu einem autoritären Kapitalismus stoppen und Einstiege in eine menschenwürdige, global gerechte und freie Zukunft schaffen? Wie kann (transnationale) Solidarität der vielgestaltigen ArbeiterInnenklasse des 21. Jahrhunderts aussehen? Welche Rolle spielt dabei die Erneuerung linker Parteien? Gibt es eine internationale Bewegung der Hoffnung?

Anmeldung unter:
www.linke-woche-der-zukunft.de

links im bundestag

Aufrüstung für Kriegseinsätze

Der Koalitionsvertrag enthält keinen konkreten Betrag zu den Mehrausgaben der Bundeswehr. In einer Antwort auf die Frage von Matthias Höhn, sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, wird die Bundesregierung konkreter. Auch die neue Bundesregierung bleibt bei der Planung der vorigen schwarz-roten Koalition, bis 2030 130 Milliarden Euro für Investitionen in neue Waffensysteme auch für Auslandseinsätze der Bundeswehr auszugeben. Dazu erklärt Matthias Höhn:

„Wir halten diese Aufrüstungsspirale für maßlos. Deutschland wird nicht durch seine Nachbarn, sondern vor allem durch das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft bedroht. Schon seit 2014 ist der Verteidigungsetat um fast 20 Prozent gestiegen. Das Verteidigungsministerium wächst sich zum Berliner Flughafen BER der schwarz-roten

Koalition aus. Ursula von der Leyen braucht 130 Milliarden mehr bis 2030, um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sicherzustellen, wie es heißt. Gemeint ist damit vor allem, die Bundeswehr auch künftig in weltweite Kriegseinsätze schicken zu können. Der neue Irak-Einsatz etwa soll allein von April bis Oktober 2018 fast 70 Millionen Euro kosten. Statt die Bundeswehr künftig nach Bagdad und zu NATO-Manövern an die russische Grenze zu entsenden, will DIE LINKE die Soldaten aus den weltweiten Kriegseinsätzen nach Hause holen. Die Bundeswehr käme mit deutlich weniger Geld aus, wenn sie sich wieder auf ihren grundgesetzlichen Auftrag konzentrierte: die Landesverteidigung. Die Bundesregierung sollte diese 130 Milliarden Euro bis 2030 zur Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut ausgeben. Dann müsste in Deutschland niemand mehr zur Tafel gehen.“

Managergehälter an Löhne koppeln

„Die DAX-Chefs verdienen so viel wie nie, während die Reallöhne stagnieren und fast jeder zweite Rentner mit weniger als 800 Euro im Monat abgespeist wird. Diese perverse Entwicklung gefährdet den sozialen Frieden und muss endlich gestoppt werden. Ein Vorstandsmitglied sollte nicht mehr als das 20-fache dessen verdienen, was ein Arbeiter in der untersten Gehaltsgruppe im selben Unternehmen bekommt. Würde man eine solche Regel zum Gesetz machen, wäre schnell Schluss mit Lohndumping in Konzernen“, kommentiert Sahra Wagenknecht die Studie der Deutschen Schutzvereinigung Wertpapierbesitz (DSW) zur Entwicklung der Vor-

standsgehälter in DAX-Unternehmen. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Im Schnitt verdienen DAX-Vorstände im letzten Jahr das 52-fache ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nach einer Studie der Hanns Böckler Stiftung war es gar das 71-fache. Manche Manager streichen in wenigen Monaten so viel ein wie ein Beschäftigter in seinem ganzen Erwerbsleben verdient. Das hat nichts mit Leistungsgerechtigkeit zu tun, sondern mit Politikversagen. Wer in Wahlkämpfen regelmäßig über exorbitante Managergehälter wettet, aber in der Regierung nie etwas liefert, muss sich über sinkende Zustimmungswerte nicht wundern.“

#tipp

Kundgebung zum Weltfriedenstag mit Dietmar Bartsch & André Schollbach
1. September
16 Uhr: Dr.-Külz-Ring, vor Altmarktgalerie



Für eine friedliche Politik!

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

www.linke-fraktion-dresden.de

#kurz & knapp

Dr. Rainer Kempe zum Vorsitzenden der Volkssolidarität gewählt

In der Delegiertenversammlung der Dresdner Volkssolidarität wurde Dr. Rainer Kempe als Vorsitzender bestätigt. Bereits im Herbst 2016 hatte er als damaliger stellvertretender Vorsitzender den amtierenden Vorsitz übernommen. In der Versammlung konnte der alte und neue Vorsitzende auf eine positive Bilanz der Volkssolidarität zurückblicken. Nicht nur in der Altenpflege ist die Volkssolidarität ein gesellschaftlich wichtiger Akteur, in zwölf Begegnungsstätten in Dresden wurden 9.767 Veranstaltungen allein im vergangenen Jahr in den Stadtteilen organisiert.

Informationen des Stadtverbandes auch via E-Mail

Die Stadtgeschäftsstelle verspricht regelmäßig Termine und Einladungen über den InfoBrief-Verteiler. Seid ihr da nicht drauf, aber habt eine E-Mail-Adresse? Oder Sie sind gar kein Genosse / keine Genossin, aber wollen dennoch informiert sein? Kurze Meldung unter kontakt@dielinke-dresden.de genügt, dann werden Sie in den Verteiler aufgenommen!

Bunte Republik Neustadt

Ihr kriegt uns hier nicht weg

von Jacqueline Muth

Die gute Nachricht zuerst: Die BRN lebt und wird so schnell nicht untergehen. Die schlechte Nachricht: das Anmeldechaos scheint nun schon zur Tradition geworden zu sein und hat sich auch in 2018 wiederholt. Etliche Standgenehmigungen wurden viel zu spät verschickt, viele wurden nachträglich zurückgenommen mit der Begründung, man wolle sie „erneut prüfen“.

Auch in diesem Jahr zieht man sich auf die Position zurück, das Fest sei eine starke Belastung für den empfindlichen Verwaltungsapparat. Überhaupt könne man weder personell die rasche Abwicklung gewährleisten noch könne man für die Sicherheit der Gäste garantieren. Niemand könne die Verantwortung übernehmen und niemand sei zur Verantwortung zu ziehen. So wurden bisher auch die Umstände um das Verwaltungschaos 2017 noch immer nicht vollständig aufgeklärt, wie es der Beschluss „Mehr Transparenz in der Anmeldepraxis für die Bunte Republik Neustadt“ (A0349/17) forderte.

Was wie ein schlechter Scherz klingt, hat ernsthafte Hintergründe. Man sollte doch meinen, ein regelmäßig wiederkehrendes Anwohner*innen-Fest biete eine gewisse Planungssicherheit. Zumal für ein (Straßen- und Tiefbau-)

Amt, das täglich hunderte von Baustellen, Umleitungen, Verwaltungsabläufen und Mitarbeiter_innen jongliert und Genehmigungen für jedes Straßenschild, jeden Hocker und jeden Aufsteller in der ganzen Stadt erteilt. Warum klappt es dann also mit der BRN nicht? Beim Altstadtfest scheint es ja ohne Probleme zu funktionieren. Das ist sogar noch wesentlich größer.

Die Vermutung liegt nahe, dass die BRN einfach nicht ins Raster passt. Anders als bei Altstadt- oder Elbhangfest oder auch bei den vielen Weihnachtsmärkten gibt es hier keinen Gesamtveranstalter. Wenn auch das größte und älteste seiner Art in Dresden, so ist die BRN nach wie vor ein Straßenfest. Als solches erfolgt die Genehmigung als Sondernutzung im öffentlichen Raum. Für die Verwaltung ein Graus: Ca. 300 Sondernutzungen müssen aufeinander abgestimmt werden, die Verantwortung für Sauberkeit und Sicherheit liegen bei der Stadt. Für die Anwohner_innen ein Segen: wer sich an die Fristen und Genehmigungsregeln hält, darf mitmachen – ob es nun ins Konzept passt oder nicht. So ist die BRN alljährlich ein buntes Spektakel, dessen Vielfalt wohl kein Veranstalter künstlich erzeugen könnte. Von alle dem bemerken die Gäste freilich nichts: auch in diesem Jahr waren

die Straßen wieder voll. Einigen sind Verbesserungen aufgefallen: so sind die Kreuzungsbereiche weitgehend frei von Bühnen und Aufbauten, das erleichtert das Durchkommen sehr und trägt zur allgemeinen Sicherheit bei. Außerdem gibt es inzwischen sogenannte „Insellösungen“: Fest-Gemeinschaften können größere Plätze oder einen ganzen Straßenzug beantragen und vermindern so den Aufwand für die Verwaltung. Insel-Genehmigungen werden seit diesem Jahr bevorzugt behandelt. Ebenfalls erwähnenswert: Erstmals konnten BRN-Mehrweg-Becher erworben werden (2 Euro), die dann an vielen Getränkeständen wiederbefüllt wurden, so soll das Müllproblem angegangen werden.

Lob verdient die Stadt immerhin bezüglich der besseren Informationslage im Internet: Auf der Dresden-Seite wurde sehr viel nachgebessert, eine eigene Polizeiverordnung ist übersichtlich und leicht verständlich, ebenso die Informationen und Hinweise zur Genehmigungspraxis. Wir sind also auf einem guten Weg und es ist zu hoffen, dass auch die letzten Bürokraten endlich verstehen, dass die BRN weder durch Schikanen noch durch Heimlichtuerei und Ämtersprache klein zu kriegen ist.

Spannende Diskussion zu Nordkorea

von Dietrich Holz

Die KPF der Partei DIE LINKE hatte zur Diskussion zu der aktuellen Situation auf der Halbinsel Korea mit einem Vertreter der Botschaft der Volksdemokratischen Republik Korea eingeladen.

Daran nahmen auch Vertreter der DKP, der KPD, des Revolutionären Freundschaftsbundes „des Bildungsvereins „Rotfuchs“ und der Freien Deutschen Jugend teil. Nach einem Lichtbildervortrag von einer Reise durch die Volksrepublik durch einen Stadtrat der LINKEN Dresden und dem Vortrag des Botschaftsvertreters entwickelte sich eine rege Diskussion vor allem zum Lebensniveau und den Verteidigungsausgaben des Landes.

Der Vertreter der Volksrepublik betonte bei seinen Darlegungen - die Souveränität seines Landes - den Willen zur Abrüstung und einer atomwaffenfreien Zone der Halbinsel bei Garantie der Sicherheit seines Landes.

Zum Abschied versprach der Vertreter der VDRK „uns zu einem späteren Zeitpunkt wiederum zu besuchen, um uns über den Fortgang der Entwicklung zu informieren.

LINKE entwickelt Aleksa weiter

von Christopher Colditz

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen am 25. August in Hoyerswerda wirft sein Schatten voraus und so ging es auch beim Landesvorstand in seiner Sitzung am 28. Juni vor allem um ebendieses. Zu diesem Parteitag soll ein Wahlaufstellungsverfahren beschlossen werden, in welchem ein Listenvorschlag von 30 Personen vorgesehen ist. Dieser soll einen regionalen Ausgleich beinhalten. Ebenso soll ja diese mal auch einen Mitgliederentscheid zur Spitzenkandidatur und den inhaltlichen Schwerpunkten zum Wahlkampf geben. Natürlich dürfen die Inhalte auch für diesen Parteitag nicht zu kurz kommen. Hauptschwerpunkt soll dabei das neue ALEKSA (Alternatives Landesentwicklung Konzept Sachsen) sein.

Und auch sonst ist gerade viel zu tun: wir alle sind aufgefordert sich gegen das neue sächsische Polizeiaufgabengesetz zu wehren. DIE LINKE. Sachsen unterstützt das Bündnis „Polizeigesetz stoppen“. Antragsschluss für den Parteitag ist schon der 27. Juli. – Änderungsanträge können jedoch bis eine Woche vor Parteitag eingereicht werden. Wer sich das genauer durchlesen will, kann alle Anträge einfach auf www.dielinke-sachsen.de nachlesen.

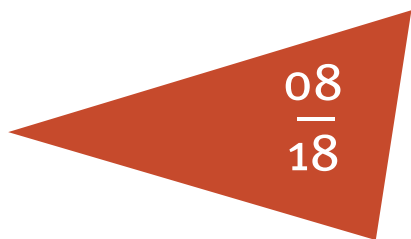
Kundgebung zum
Weltfriedenstag
mit Dietmar Bartsch
& André Schollbach
1. September
16 Uhr: Dr.-Külz-Ring,
vor Altmarktgalerie



Gegen Kriegs- treiberei!

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

www.linke-fraktion-dresden.de



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Chaos um „Bunte Republik Neustadt“ wird Fall für die Justiz

von Maximilian Kretschmar

Im vergangenen Jahr 2017 hatte die Stadtverwaltung ein Chaos um die „Bunte Republik Neustadt“ zu verantworten. Zahlreiche Bescheide gingen den Betroffenen (oder besser: Leidtragenden) erst unmittelbar vor Festbeginn zu. Bis zu diesem Zeitpunkt war unklar, welche Anträge in welchem Umfang genehmigt werden. Eine derartige Situation sollte sich nach dem Willen von LINKEN und Grünen nicht wiederholen. Deshalb reagierten sie zügig und brachten schon im Juli 2017 unter dem Titel „Mehr Transparenz in der Anmeldepraxis für die Bunte Republik Neustadt“ einen Antrag in den Stadtrat ein. Dieser beauftragte den Oberbürgermeister damit, bis zum 31. Januar 2018 einen Bericht „über die Antragslage und die Gründe der offenkundigen Schwierigkeiten innerhalb der Genehmigungspraxis“ im Vorfeld der BRN 2017 vorzulegen. Auf der Grundlage des Berichts sollte dann das Verwaltungshandeln kritisch untersucht und Missstände abgestellt werden.

Oberbürgermeister Hilbert missachtet Stadtratsbeschluss

Nachdem dieser Bericht dem Stadtrat auch mehrere Wochen nach Fristablauf noch nicht vorlag, richtete LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach im März 2018 eine schriftliche Anfrage zum Stand der Beschlusserfüllung an Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP). Das Antwortschreiben enthielt: keine Antwort. Stattdessen wurde mitgeteilt, die Beantwortung der Fragen erfolge mit der nächsten Beschlusskontrolle. Schollbach wartete vier Wochen. Es erfolgte: keine Beschlusskontrolle. Daraufhin wandte er sich erneut schriftlich an den Oberbürgermeister und mahnte eine Beantwortung der Anfrage an. Weitere vier Wochen später erhielt er ein Antwortschreiben und dieses enthielt: keine Antwort und keine Beschlusskontrolle.

Ein halbes Jahr nachdem der Stadtrat den Antrag beschlossen hat, ist dieser



nicht umgesetzt. Ein Bericht über den Stand der Erfüllung dieses Beschlusses wird nicht vorgelegt. Die Beantwortung der Anfrage zum Stand der Beschlusserfüllung wird willkürlich verweigert. Es stellt sich die folgende Frage: Warum?! Und dann kam der Juni 2018 und es herrschte wieder: BRN-Chaos.

„Destruktion von Teilen der Stadtverwaltung“

Piraten-Stadtrat Dr. Martin Schulte-Wisermann, der Mitglied der Fraktion DIE LINKE ist, sagt dazu: „Angesichts des Umstands, dass wir das Chaos aus dem vergangenen Jahr nun erneut erleben müssen, kann ich nicht mehr an Zufall oder Versagen glauben. Für mich sieht es nach Sabotage und Destruktion von Teilen der Stadtverwaltung aus.“ Auch LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach hat die Faxen dicke. Der Jurist hat vor dem Verwaltungsgericht Dresden Klage gegen Oberbürgermei-

ster Hilbert erhoben. Schollbach will die Verwaltungswillkür nicht hinnehmen und die Rechtswidrigkeit der Antwortverweigerung auf die BRN-Anfrage gerichtlich feststellen lassen. Damit soll das Kontrollrecht des Stadtrates gegenüber dem Oberbürgermeister durchgesetzt und Transparenz hergestellt werden. Gemäß § 28 Abs. 6 SächsGemO kann jedes Ratsmitglied an den Bürgermeister schriftliche Anfragen über einzelne Angelegenheiten der Gemeinde richten, die binnen angemessener Frist, die grundsätzlich vier Wochen beträgt, zu beantworten sind. Schollbach sagt dazu: „Die Missachtung elementarer demokratischer Rechte ist nicht hinnehmbar. Der Oberbürgermeister verweigert hartnäckig und willkürlich die Erteilung von Informationen zu den Hintergründen und Ursachen des Verwaltungschaos rund um die Bunte Republik Neustadt. Dies wirft die folgende Frage auf: Was ist der Grund dafür?“

#dokumentiert

Kosten für Sanierung der Augustusbrücke deutlich gestiegen

Die Kosten für die Sanierung der Augustusbrücke sind um mehrere Millionen Euro gestiegen. Dies haben schriftliche Anfragen des LINKEN-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach an Oberbürgermeister Dirk Hilbert ergeben.

Zunächst hatte Hilbert im November 2017 auf eine Anfrage (AF1977/17) hin mitgeteilt, dass sich die Kosten für die Sanierung der Augustusbrücke auf 20,84 Millionen Euro belaufen würden. Auf eine aktuelle Anfrage (AF2432/18) teilte er nun mit, dass die zu erwartenden Kosten inzwischen bei 24,9 Millionen liegen.

Eine weitere Anfrage (AF2436/18) von André Schollbach hat ergeben, dass nach aktuellem Stand mit dem Abschluss der Sanierung der Augustusbrücke erst im zweiten Quartal 2020 zu rechnen ist. Noch im November 2017 war Oberbürgermeister Dirk Hilbert davon ausgegangen, dass die Sanierung der Brücke bis Frühjahr 2019 abgeschlossen wird (AF1980/17).

Dazu erklärt LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach:

„Bereits beim Umbau des Kulturpalasts ist es infolge erheblicher Mängel bei der Bauleitung zu deutlichen Kostensteigerungen gekommen. Der jetzt vorliegende Bericht der Rechnungsprüfer spricht Bände. Wir werden uns daher die Entwicklung bei der Augustbrücke genau anschauen. Mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger muss sparsam umgegangen werden.“



Archiv-Foto vor der Sanierung

Masterplan Hafencity

Unter dem Pflaster liegt das Gold

von Jacqueline Muth

Der erste Beschluss zum „Masterplan Leipziger Vorstadt/ Neustädter Hafen“ wurde am 1. Oktober 2009 im Stadtrat gefällt. Ein kreatives Quartier für Wohnen und (Büro-)Arbeiten, am Wasser gelegen mit exklusivem Altstadt-Blick und Event-Hafen sollte entstehen. Etwas großwahnig wurde der Vergleich zur Hafencity Hamburg bemüht, durch die geringe Besiedelung und die gute Lage schien der Standort geeignet. Der sog. „Masterplan Hafencity“ löste anfangs Euphorie bei fast allen Beteiligten aus.

Doch nach 9 Jahren ist davon nichts mehr zu spüren, eher nahm die Negativpresse zu. Zwei Überflutungen in wenigen Jahren, gewaltsame Räumung eines großen Wagenplatz-Projekts, eine zerstörungswütige irre Projektentwicklerin, Protest und Streit um Globus und der traurige Verfall eines wichtigen Holocaust-Mahnmals. Das Vorhaben scheint regelrecht vom Unglück verfolgt zu sein. Woran liegt das?

Nach und nach entpuppte sich die Einschätzung der Lagegunst als fatal: Lärm durch Straßen- und Güterverkehr schränken die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Grundstücke erheblich ein. Angestammte Betriebe und Freizeiteinrichtungen wehren sich - zum Teil vor Gericht - gegen die aufrückende Wohnbebauung, denn diese bringt häufig massive Einschränkungen fürs Umfeld, Gewerbeansiedlungen haben da oft das Nachsehen. Die Hochwasseranfälligkeit des Gebiets lässt sich nur durch technische Schutzbauten senken, das steigert die Baukosten immens. Nicht zu vergessen die Anwohnerproteste, die mal gegen die Verdrängung von Subkultur, mal gegen steigende Mieten und nicht zuletzt gegen die Ansiedlung von Globus ihre Stimme erhoben. Nur mit viel Druck des 2014 gewählten rgr-Stadtrats wurden zahlreiche Nachbesserungen vorgenommen, woraufhin der Masterplan angepasst werden musste. Doch zu diesem Zeitpunkt war das Kind schon in den Brunnen gefallen: längst wurde hier eine Spekulationsblase ausgelöst, sie unterwandert die Ziele des Masterplans und führt zu einer unfruchtbaren Lähmung im Gebiet.

Konkret zu einigen prominenten Beispielen aus dieser Perspektive: Regina Töberich, Geschäftsführerin von „Dresden-Bau“, hinterließ eine Schneise der Zerstörung in der Leipziger Vorstadt mit „Marina Garden“. Noch heute - über drei Jahre nach ihrer gewaltsamen Räumung des Zwischenmieters und späteren Besetzer-Vereins „Freiraum Elbtal“ - liegt ihr Grundstück am Alexander-Puschkin-Platz brach und verwüstet.



Als man sie kurz darauf der Zerstörung öffentlichen Eigentums überführte (ein Stück des Elberadwegs wurde durch sie mutwillig abgebagert), kam sie immerhin mit einem blauen Augen davon. Das hinderte sie dann aber nicht daran, die Stadt mit Gerichtsverfahren zu überziehen. Ihr aggressives Vorgehen hat ihr nichts eingebracht außer beträchtlicher Gerichtskosten und einer zweifelhaften Prominenz. Die Wurzel des aufgeregten Ärgers könnte hier liegen: Die Gesetze des freien Marktes hinderten sie 2011 am Erwerb der nötigen Grundstücke für die „Marina City“ am Neustädter Hafen. Also versuchte sie, an anderer Stelle im Quartier ihr Stück vom Kuchen abzubekommen. Doch auch hier war es ihr nicht vergönnt. Das Grundstück am Alexander-Puschkin-Platz wird nun nicht der dicht bebaute „Marina Garden“ sondern soll mit strengen Auflagen der Stadt zum mäßig bebauten „Elbviertel“ werden. Hier hat die SpekulantIn sich verzockt, immerhin wird sie wohl dennoch einiges einnehmen beim Wiederverkauf des so aufgewerteten Grundstücks.

Globus, Kaufland, Edeka

Hier zeigt sich die relative Wirkungslosigkeit eines Masterplans, er kann zwar „wollen“ aber „zwingen“ kann er nicht. Die Ziele der Globus Holding GmbH stimmen nicht mit denen des Masterplans überein. Auch Kaufland und Edeka erwarben 2013 Grundstücke in unmittelbarer Nachbarschaft zu Globus. Dort lauern sie nun ungestört und beobachten argwöhnisch, um im richtigen Moment zuzuschlagen sobald der Konkurrent aufgibt. Hier ist Fingerspitzengefühl gefragt, die Verhandlungen mit dem Unternehmen dauern an.

Bei erfolgreichem Ausgang steht ein doppelter Erfolg in Aussicht: Einerseits wäre ein Zeichen gesetzt an alle Markt-Bau-Interessierten, dass hier wirklich nichts zu holen ist. Und zweitens könnte das Unternehmen darauf verzichten, das Grundstück an einen

der Marktkonkurrenten zu verkaufen, stattdessen den Weg für Wohnungsbau freimachen. Hier bietet sich die Möglichkeit, wenigstens an einer Stelle im Quartier bezahlbaren Wohnraum zu entwickeln und so ansatzweise die soziale Durchmischung zu gewährleisten. Hier bleiben wir dran.

USD Hafencity

Im Nachhinein scheinen USD („Unser-schönes-Dresden GmbH“) Profiteure aus dem langwierigen politischen Streit um die (Nicht-)Bebauung des Elbufers zu sein. Zwischen Leipziger Straße und Elberadweg wird nun gebaut, wenn auch etwas gemäßigter als ursprünglich geplant. Dennoch ist fraglich, ob die wirtschaftliche Verwertung der entstehenden Eigentumswohnungen tatsächlich so lukrativ für das Unternehmen sein wird wie erwartet, denn ohne attraktives Umfeld ist auch der Elbblick nur halb so viel wert. Für die linke Kommunalpolitik ein verlorenes Gebiet: die Luxuswohnungen im Flutgebiet waren leider nicht zu verhindern. Zumindest konnte es glücken, die lückenlose Nutzbarkeit des Elberadwegs und die öffentlich gewidmete Durchwegung durchs Filetstück zu sichern. Ein kleiner Erfolg.

Aber es geht auch anders

Erst in den vergangenen Jahren haben sich neue Kulturakteure am Alten Leipziger Bahnhof angesiedelt. Die Blaue Fabrik (Proberäume und Konzerte) fand nach zweijähriger Odyssee einen Stand-

ort an der Eisenbahnstraße 1. Das Künstlerhaus „Hanse3“ beherbergt bereits 40 Ateliers und Werkstätten. Ähnliches gilt für den direkt nebenan liegenden Wagenplatz „Schotter&Gleise“, der ursprünglich aus dem Asyl einiger vom Freiraum Elbtal verdrängter Bauwagen entstand. All diesen Ansiedlungen ist gemeinsam, dass sie momentan noch keine wirkliche Zukunftsperspektive haben. Wenn wir sie nicht schützen, werden diese zarten Pflänzchen erdrückt im Lärm des spekulativen Immobilienkampfes. Diese vergleichsweise stillen Prozesse vollzogen sich spontan und ohne Masterplan, sie stimmen aber weitestgehend mit dessen (nachgebesserten) Zielen überein.

Noch nicht gesichert ist zudem der Erhalt des Holocaust-Mahnmals „Alter Leipziger Bahnhof“. Auch hier wird es noch der politischen Arbeit bedürfen.

Fazit: Der eingangs zitierte Masterplan hat sich als unwirksam und unrealistisch erwiesen. Statt einer schillernden Stadtutopie Vorschub zu leisten hat er falsche Hoffnungen geweckt. Er hat damit unumkehrbar ein Spekulationskarussell in Gang gesetzt und dadurch die Zerstörung gewachsener Strukturen verursacht, ohne etwas Positives dagegen setzen zu können. Wollen wir hoffen, dass die Zukunft des Quartiers besser aussieht als die Realität der vergangenen Jahre. Hier gibt es für den Stadtrat und DIE LINKE noch einiges zu tun



#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



twitter.com/LinkeStadDrat



www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



www.instagram.com/linkestadtrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
André Schollbach, Jacqueline Muth, Norbert Engemaier, Anja Apel, Cornelia Eichner
Fotos: pixabay, Cornelia Eichner

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Ezé Wendtoin erhält Kunstförderpreis der Landeshauptstadt Dresden

“Hallo Dresden, zweite Heimat, nu nu, ich liebe dich!”

von Cornelia Eichner

„Freude, schöner Götterfunken, Tochter aus Elysium, wir betreten feuertrunken, Himmlische, dein Heiligtum. Deine Zauber binden wieder, was die Mode streng geteilt, alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt.“ Mit diesen Worten Schillers beginnt Ezé Wendtoin seine Dankesrede zur Verleihung des Kunstförderpreises. Er singt sie mit klarer Stimme, die voller Freude in alle Ecken des gut gefüllten Kronensaales auf Schloß Albrechtsberg dringt - und mitten hinein in die Herzen der Gäste. Er singt sie, weil sie ausdrückt, was ihn ausmacht: Freude, Optimismus und die Fähigkeit, Menschen mit seiner Musik zu verbinden, sie gemeinsam zum Singen, tanzen, lachen zu bringen. Mit seiner Musik überwindet er mit herausragender Leichtigkeit die Barriere der Fremdheit, die Hemmschwelle der Furcht vor anderen.



Heike Schwarzer, freie Journalistin für Deutschlandfunk und mdr, führt in einer großartigen Laudatio Eckpunkte aus dem Leben Wendtoins an und erzeugt damit manche Träne und viel Lachen: Ezé Wendtoin, geboren in Burkina Faso, lebt seit 2015 in Dresden - in der Stadt, die nun seine Heimat ist, für die er inzwischen sogar Liebeslieder komponiert und singt mit großem Erfolg. Oft gemeinsam mit Banda Internationale, der multikulturellen Musikgruppe, ist er bundesweit unterwegs und rockt die Säle mit Songs wie „Daheeme“, „Wann wird mal wieder richtig Sommer“ von Rudi Carell und „Sei wachsam“ von Reinhard Mey. Jedes der Lieder, die er singt, wird zum Ohrwurm, reißt mit, berührt. Gerade eben hat Ezé Wendtoin seine Masterarbeit in Germanistik fertig gestellt, sein Thema: Welchen Beitrag Musik zum Erwerb von Fremdsprachen beitragen kann. Er engagiert sich stark für eine solidarische Gesellschaft, setzt Musik und Humor den Erscheinungen von Rassismus und Diskriminierung entgegen. Er unterstützt den Bau von Brunnen und Schulen in Afrika und ist Gewinner des Afrika-Sonderpreises

beim „Eine-Welt-Song“-Wettbewerb. Ezé liebt die deutsche Sprache, die deutsche Grammatik, die deutsche Literatur, Schiller, Goethe, Brecht, auch deutsche Lieder, die er immer wieder mit viel Erfolg singt. Ezé liebt die Musik, denn diese ist ein gutes Werkzeug, Menschen zu versöhnen, miteinander ins Gespräch und zum Tanzen zu bringen. Er ist ein Musiker, der mit Erklängen der Musik nicht stille stehen kann und damit Menschen ansteckt, es ihm gleichzutun.

Die Jury entschied sich, mit dem Preis „einen hervorragenden Musiker aus(zuzeichnen), der sich aktiv mit den Mitteln der Kunst in die gesellschaftlichen Debatten in Dresden einmischte und in zahlreichen Projekten Musik als Instrument der Kulturellen Bildung in den Mittelpunkt stellt“. Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch (DieLINKE) betont dabei auch seine Leistung, sich konstruktiv mit dem umstrittenen Begriff der Heimat auseinanderzusetzen.

Laudatorin Schwarzer und Oberbürgermeister Hilbert sind sich in Bezug auf die Ehrung Ezé Wendtoins einig: Dres-

den braucht Menschen wie Wendtoin, heute mehr denn je. Denn, so Hilbert, es reicht nicht, sich auf Dresdens Barock zu berufen, auf die Traditionen der Stadt, sondern es ist wichtig, Kunst und Kultur lebendig zu erhalten - und dafür braucht es immer wieder neue Impulse. Ehe Ezé Wendtoin für eine Kostprobe seiner Musik zur Gitarre greift, erzählt er eine Anekdote, die er erlebt hat: Ein kleines Kind beginnt zu schreien, als es ihn sieht ob seiner dunklen Haut. Es schreit und schreit, die Mutter reagiert nicht. Ezé spricht die Mutter an: „Sagen Sie doch Ihrem Kind, ich bin ganz und gar vegan.“ Dann singt er einen seiner Hits, seine Liebeserklärung an Dresden: „Hallo Dresden, zweite Heimat, nu nu, ich liebe dich!“ Die Menschen im Saal geben ihm mit Klatschen, Jubel und Tränen das entsprechende Echo.

Spenden für Wendtoins Schulprojekt in Burkina Faso: Atticus e.V. Ostsächsische Sparkasse Dresden, IBAN: DE21 8505 0300 0221 1149 12, BIC: OSDDDE81XXX, Verwendungszweck: Schulprojekt Burkina Faso



Ezé Wendtoin und Oberbürgermeister Dirk Hilbert bei der Preisverleihung

Fotos: Cornelia Eichner

#kurz&knapp

Stadtrat aktuell

Gesundheit ist keine Ware - Stadtrat investiert in modernes öffentliches Klinikum

„Der Stadtrat schnürt ein Rettungspaket für das Städtische Klinikum: Die Stadt soll ihrem Eigenbetrieb in den nächsten beiden Jahren 14 Millionen Euro für Investitionen zur Verfügung stellen“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag der rot-grün-roten Stadtratsmehrheit, der vom Stadtrat beschlossen wurde. Mittelfristig soll die Stadt sogar bis zu 34 Millionen Euro ausgeben, um den baulichen Zustand der Krankenhausgebäude auf den Stand der Zeit zu bringen.

Bau von Parkplätzen beim Wohnungsbau nicht mehr verpflichtend

Gegen die Stimmen von CDU, FDP und AfD (und eines einzelnen SPD-Stadtrates) wurde in der Ratssitzung am 28. Juni beschlossen, dass der Bau von Parkplätzen beim Wohnungsbau nicht mehr verpflichtend ist. Das bedeutet natürlich, dass dies weiterhin möglich ist. Jeder Bauherr und Investor kann so viele Stellplätze, Garagen oder Tiefgaragen bauen, wie er möchte - aber er muss es eben nicht mehr, was geringere Baukosten und eine geringere Miete zur Folge hat. Schon jetzt benötigen unzählige Dresdnerinnen und Dresdner keinen eigenen PKW-Stellplatz - weil sie kein Auto besitzen. Schließlich ist man mit ÖPNV oder Fahrrad entspannter und oft auch schneller unterwegs.

Bewegung beim Sachsenbad

Der Dresdner Stadtrat hat mit großer Mehrheit eine Konzeptausschreibung für das Sachsenbad beschlossen! Nun werden Investoren gesucht, um das Sachsenbad als Reha- und Gesundheitsbad zu sanieren. Im Herbst findet die Immobilienmesse „Expo Real“ in München statt, wo die Stadt Dresden intensiv für das Dresdner Bad werben wird.

Rekommunalisierung: Stadtrat kauft alle Anteile der SRD GmbH zurück!

Die Stadtreinigung Dresden GmbH ist ein gut funktionierendes und wirtschaftendes öffentliches Unternehmen. Seit 2003 ist es aber zu 49% in privater Hand. Das heißt auch, dass die Gewinnausschüttungen dieses öffentlichen Unternehmens zu 49% in private Taschen fließen. Damit ist jetzt Schluss, der Stadtrat hat Ende Juni 2018 beschlossen, diese Anteile zurück zu kaufen und damit die Gewinnausschüttungen für die Dresdnerinnen und Dresdner zu sichern!

Mit Schulbibliotheken die Welt retten?!

von Norbert Engemeier

Die Welt und nicht nur der politische Kosmos, so scheint es dieser Tage, hält nicht still. So wandelt sich auch der Kosmos von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen stetig und meist auch schneller als man denkt. Zu Zeiten also, an denen manch Literaturkritiker Bücher zur Liebhaberei erklären und andere den ewigen Abgesang des Buches zelebrieren, will DIE LINKE in Dresden gemeinsam mit der Kooperation an jeder Schule eine eigene Bibliothek etablieren. Muss das sein? Ist das noch zeitgemäß?

Was hat der Stadtrat eigentlich beschlossen? Er hat sich das Ziel gesetzt, jede Schule, egal ob Grund-, Ober-, Förderschule oder Gymnasium, mit einer Schulbibliothek auszustatten. Bis zur Erreichung des Zieles sollen wenigstens 10 neue Schulbibliotheken pro Jahr eröffnet werden. Dafür werden die nötigen Gelder und Personalmittel zur Verfügung gestellt, insgesamt 5000 Euro pro Bibliothek und Jahr als Sachkosten und eine Personalstelle je 20 Schulbibliotheken.

Der Antrag fußt zudem auf einem erprobten Konzept, da durch unseren Haushaltsbeschluss 2017/18 gegen den Widerstand der Konservativen in den letzten 2 Jahren still und heimlich bereits 20 solcher Schulbibliotheken quer über die Stadt verteilt entstanden sind. Der politische Widerstand der Konservativen schmolz ob des Erfolgs derselben dagegen dahin, und so erteilten selbst diese (anders als dem Pilotprojekt) nun ihre Zustimmung.

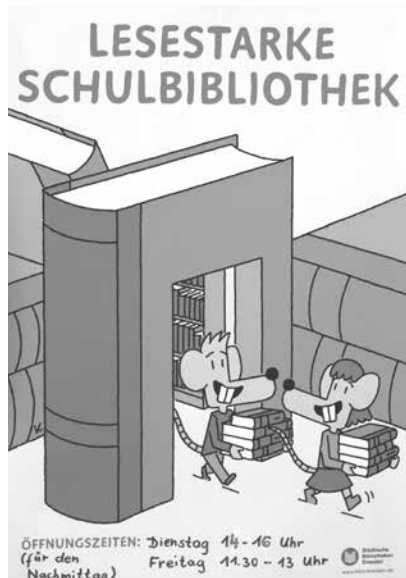


Foto: Alexandra Wever-Eschenbach

Aber kein Projekt ist ohne Zweifler und so war es gerade die Herausforderung, in den Schulbibliotheken all die Ansprüche zu bedienen, die von verschiedenen Seiten gestellt wurden. Das Bücherangebot musste altersspezifisch, attraktiv und verständlich sein. Gerade die Jüngsten bedürfen zunächst der Hilfe in den Bibliotheken. Wer die Schulbibliotheken dabei als Leselotse ehrenamtlich unterstützen will, kann sich übrigens unter schulbibliotheken@bibio-dresden.de melden. Die Schulbibliotheken sind vor allem auch Räume, in denen Schülerinnen und Schüler während und nach dem Unterricht eigenständig oder in Gruppen recherchieren, Hausarbeiten anfertigen oder einfach bei einem Buch entspannen

Bis Ende 2018 werden insgesamt 20 dieser Bibliotheken in Dresdner Grundschulen eingerichtet, um viele neue Leseratten und Bücherwürmer unter den Jüngsten zu gewinnen. Der Erfolg dieses Angebots soll nun verstetigt werden.

können. Sie sind, wie es auch im Antrag heißt: Multifunktionale Lernorte.

Werden Schulbibliotheken in der Zukunft wegdigitalisiert?

Es mag auch gefragt werden, ob Bücherregale heutzutage nicht doch nur eines sind: Hindernisse, denen smartphone-affine Menschen ausweichen müssen. Dabei ist das Problem der Gegenwart gerade das Gegenteil. Heutige Schulen sind Anachronismen. Einrichtungen, die zumeist mit erheblichem Aufwand freigehalten werden von moderner Technik und digitalen Inhalten. Schul- und Sachbücher für das Smartphone oder Tablet? Weitgehende Fehlanzeige. Es kam nicht von ungefähr, dass das Amt, das inzwischen vom CDU-Bildungsbürgermeister Vorjohann verantwortet wird, erst auf politischen Druck insbesondere von DIE.LINKE hin davon Abstand nahm, technischem Fortschritt (in diesem Falle WLAN) in den Schulen auf Jahre hin einen Riegel vorzuschieben. Aber Herrn Vorjohann sei gesagt: Wer Bildung nicht digitalisiert, der sorgt dafür, dass Bildung im Digitalen Zeitalter nur eines wird: marginalisiert.

Was das mit den Schulbibliotheken zu tun hat? Nun, der Dresdner Bibliotheksentwicklungsplan enthält einen Vorgeschmack: Schulbibliotheken

könnten sich als der Zugangspunkt zu digitalen Büchern in den Schulen entwickeln - zumindest, wenn Schulverwaltungsamt und Freistaat die aktuellen Entwicklungen weiter verschlafen.

Wird das die Welt retten?

Nun angesichts der Probleme der Welt, mag die Frage legitim sein, ob sie denn überhaupt noch zu retten sein mag. Für den Dresdner Bildungsapparat sind die Bibliotheken in jedem Fall ein Lichtblick. Für zahllose Schülerinnen und Schüler werden Bibliotheken jetzt überhaupt erst erreichbar, wahrnehmbar und attraktiv. Es ist falsch, anzunehmen, dass eine attraktive Bibliothek aus einem Lesemuffel keinen begeisterten Bücherwurm machen kann. Denn genau dies passiert in Dresden - und ab jetzt noch an viel mehr Orten in der Stadt.

Die Welt zu retten - das müssen vermutlich leider auch die nächsten Generationen immer wieder tun. Was DIE.LINKE jetzt auf jeden Fall dafür tun kann, ist dafür sorgen, dass auch die künftigen Generationen dafür das nötige Handwerkszeug erlangen und ihnen die Zugänge zu Informationen offen stehen.

Neues aus den Ortsamtsbereichen

Die Verschmutzung am Pirnaischen Platz

von Patrick Marschner

Seit einiger Zeit beobachtete ich, wie langsam immer mehr Schmierereien und Aufkleber gegen Geflüchtete auftauchten. Das Gebiet, um das es geht, umfasst den Lidl, die Ampeln und die Wohnhäuser beim Carolinum.

Es ging schleichend los mit vereinzelten Beklebungen am und um den Lidl. Diese entstanden fast immer über Nacht und wurden nach zwei bis drei Tagen entfernt von Privatpersonen. Darauf hin wurden es mehr Aufkleber und sie wurden auch höher angebracht, damit es schwerer ist diese zu entfernen. In dieser Phase habe ich dann die Belegschaft vom Lidl angesprochen und meinen Unmut geäußert. Leider passierte nix, auch wenn das Team es genauso sah.

Die Wochen drauf wurden dann die Ampeln und Werbetafeln sowie Parkschilder mit Edding beschmiert. Zu lesen waren meist Parolen für Pegida und die AfD und gegen die Antifa und Geflüchtete. Diese wurden dann sehr schnell von anderen Menschen mit Edding und Aufklebern „verbessert“. Diese „Schlacht“ ging ein paar Wochen hin und her. Bis die „Anti-AfD Verschönerungen“ auf-



hörten, die Menschen hatten aufgegeben. Es kämpfte nur noch der Dönerladen gegen Aufkleber vor seiner Eingangstür.

Es spitzte sich weiter zu, bis eines Morgens an der Hauswand mit Kreide geschrieben stand:

Syria go Home

Ich musste leider arbeiten gehen und hatte kein Wasser dabei. Ich rief aber gleich in der Mittagspause bei der Hausverwaltung an und habe mich beschwert.

Die Vonovia erzählte mir, es werde der Hausmeister informiert und es würde schnellstmöglich entfernt.

Es gingen drei Tage ins Land dann tat sich etwas, doch nicht wie erwartet verschwand die Botschaft, sondern wurde erweitert, sodass dann dort zu lesen war

*Syria go Home
Afghan go Home
Niger go Home*

Ich rief sofort den Hausmeister an und Beschwerde mich auf das heftigste. Von

ihm wurde ich wieder vertröstet. Ich packte den Entschluss, es nach der Arbeit selbst zu erledigen. Doch es war schon entfernt worden. Von wem, kann ich nicht sagen, aber ich bin mir sicher, es war wieder eine Privat Person. Mir zeigt dieser Vorfall, dass wir „Rechtem Müll“ keinen Zentimeter Platz geben dürfen und wir selbst sofort handeln müssen.

Patrick Marschner ist LINKE-Ortsbeirat in der Dresdner Altstadt

Student*innen empört euch!

von Paul Hösler

Um die kritischen Wissenschaften ist es schon länger nicht gut bestellt und die Leid tragenden sind auch diejenigen, die an der Hochschule vermeintlich zu „kritisch Denkenden“ erzogen werden sollen: Student*innen.

Schon seit der Wiedervereinigung sehen wir, wie sich die Hochschulen nach und nach zu unternehmensartigen Institutionen entwickeln, deren primäres Interesse es ist, Student*innen so schnell wie möglich abzufertigen. Man fragt sich: Warum lassen sich Student*innen dies noch immer weiter gefallen? Warum empören sie sich nicht?

Die Antwort darauf ist komplex. Dennoch muss für die Beantwortung dieser Fragen die Finanzierung des Studiums herangezogen werden, denn es zeigt sich dadurch eins: Student*innen stehen unter existenzgefährdenden Zeitdruck. Der Kreis der Student*innen, die Mittel durch das BAföG bekommen, ist allein von 2015 zu 2017 um 5,5% auf 823.000 gesunken – und das bei einem Förderatz, der 2016 erhöht wurde. Das BAföG scheint nicht mehr attraktiv zu sein. Die traurige Wahrheit dahinter liegt darin begründet, dass die Große Koalition immer wieder Evaluierungen des BAföGs nach hinten verschiebt und somit mehrere Jahre im Verzug zur realen Bedarfsberechnung der finanziellen Situation der Student*innen steht. Jegliche Erhöhungen, die dann als „großer Wurf“ dargestellt werden, sind in letzter Konse-



quenz nur eins: Eine Unverschämtheit. Da sie eben versuchen, die Umstände von vor mehreren Jahren abzudecken und die jetzige Realität ignorieren.

Zudem zeigt sich, dass Student*innen heutzutage darauf angewiesen sind neben dem Studium arbeiten gehen zu müssen. Das lässt sich anhand der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks e.V. (sic!) gut aufzeigen: 2/3 aller Student*innen gehen neben dem Studium arbeiten. Auch der Blick auf die Randauszählung zum Bundesland Sachsen zeigt, dass 60% der Student*innen mindestens einer Tätigkeit nachgehen, mit der sie neben dem Studium Geld verdienen.

Nun ist das Studium aber so ausgelegt, dass es äquivalent zu einer Vollzeitstelle sein soll. Dabei kommt es nicht darauf an, wie die Verteilung zwischen Präsenzzeit und Selbststudium in den einzelnen Studiengängen ausgelegt ist.

Um den Status „Student*in“ nicht zu verlieren, dürfen Student*innen höchstens 20 Stunden in der Woche arbeiten gehen. Student*innen sind de facto mit einer 60-Stunden-Woche konfrontiert.

Es stellt sich also die Frage: Wo soll die Zeit herkommen, sich kritisch mit Wissenschaft und Gesellschaft auseinandersetzen zu können?

Man könnte nun vorschlagen, das Studium in die Länge zu ziehen, um die Arbeitslast auf einen längeren Zeitraum zu verteilen. Was in den 90ern und Anfang der 2000er noch weniger ein Problem darstellte, ist zur heutigen Zeit aber eins. Einerseits sind Student*innen mit der Situation konfrontiert, dass sobald sie länger als Regelstudienzeit studieren, sie Rechtfertigungsgründe gegenüber dem BAföG-Amt angeben müssen, weswegen sie länger BAföG bekommen sollten. Das mag für ein Semester noch gehen, danach fällt diese Finanzierungsmöglichkeit aber weg. Andererseits zwingen die durch die letzte große Novellierung erschaffenen Langzeitstudiengebühren Student*innen dazu, innerhalb von vier Semestern über Regelstudienzeit ihr Studium abzuschließen. Denn sonst werden danach 500 Euro pro Semester fällig.

Es lässt sich zusammenfassen, dass Räume und Möglichkeiten zur Befähigung zum kritischen Denken politisch nicht gewollt sind – weder durch Bundes- noch durch Landesregierung. Studieren stellt derzeit einen Existenzkampf dar, sofern man nicht privilegiert ist, um auf Kosten des Elternhauses studieren gehen zu können. Dennoch lohnt ein Blick auf die Studierendenproteste in Frankreich, denn diese machen Mut: Der letzte Funke des politischen Ungehorsams ist bei Student*innen noch nicht erloschen. Nur stellt sich jetzt die Frage: Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen?



Paul Hösler ist Sprecher der Konferenz Sächsischer Studierenden-schaften

Zur Situation von Geflüchteten in und um Thessaloniki

Nur wenige Hilfsangebote

von Christopher Colditz

Wieder einmal führte die Europäische Linksfraktion GUE/NGL ihre Studientage in Griechenland durch. Vom 4 bis 7. Juni ging es in Thessaloniki um die politische Entwicklung auf dem Westbalkan, um das Erstarken der extremen Rechten bei aktuellen Wahlen sowie um Sozialdumping und regionale Ungleichheiten. Linke Vorschläge für eine inklusive und nachhaltige Entwicklung in dieser Region Europas wurden zur Debatte gestellt.

Natürlich nutzten wir die Zeit auch, um uns die Situation Geflüchteter vor Ort anzusehen, mit NGOs und Betroffenen ins Gespräch zu kommen. Da es in Griechenland erst seit 2013 richtige Asylverfahren gibt, steckt hier die Betreuung der Flüchtenden immer noch „in den Kinderschuhen“. Die kommunalen Verwaltungen konnten bisher kaum Hilfsangebote entwickeln, wie wir sie teils aus Deutschland kennen.

Gemeinsam mit Panayota Maniou von Syriza, die unsere Tour organisiert hatte und der irischen Abgeordneten Martina Anderson besuchten wir das Blue Refugee Center, das von einer NGO betreut wird. Hier haben die Geflüchteten die Möglichkeit, eine Vielzahl von Angeboten kostenlos wahrzunehmen. Beispielsweise gibt es einen liebevoll hergerichteten Schutzraum für geflüchtete Frauen und ihre Kinder, in dem sie Fluchterfahrungen austauschen können.



Es werden Kurse zum Erlernen der englischen, griechischen bzw. französischen Sprache angeboten. Rechtsbeistand wird vermittelt, die Jobsuche unterstützt und beim Verfassen von Bewerbungen geholfen. Die Betreiberin „solidarity now!“ bietet zudem ein eigenes Unterstützungsprogramm für LGBTIQ* Geflüchtete an. Rund 800 Menschen gehen hier wöchentlich ein und aus. Betreut wird dieses Projekt von 22 Menschen mit acht verschiedenen Nationalitäten. Einige von ihnen haben selbst Migrationserfahrung. Finanziert wird dieses Projekt allerdings nicht durch die griechische Regierung, sondern durch einen Geldtopf der Europäischen Union. Das solche Angebote gebraucht werden, zeigt sich auch an gerade zu absurden Anforderungen der Verwaltung: um einen Termin zur offiziellen Registrierung als Flüchtling zur erhalten, müssen diese vorab

einen Termin via Skype ausmachen. Doch nicht alle haben ein Smartphone, nicht überall gibt es Internet und selbst, wenn diese Probleme gelöst sind existieren immer noch sprachliche Barrieren.

Im 15 Kilometer entfernten Diavata, einem Eintausend-Seelen-Dorf vor Thessaloniki, gibt es eine Geflüchtetenunterkunft. Errichtet wurde dieses Camp durch das Militär. Das Camp beherbergte lange Zeit circa 800 Menschen und hatte damit seine Kapazitätsgrenze erreicht. Kaum hatte man es geschafft, ein geregeltes Campleben zu organisieren, alle Schutzsuchenden in ausgebauten Containermodulen unterzubringen, einen Ort für Kinder zum Spielen zu schaffen und die Untergebrachten einigermaßen in das soziale Leben zu integrieren, kamen innerhalb von 25 Tagen über 4.500 Geflüchtete, also täglich 180 Menschen, aus der Türkei über

die Grenze nach Griechenland. Und so galt es kurzfristig weitere 1.200 Menschen unterzubringen. Die Leitung war gezwungen, die neu Angekommenen in einfachen Zelten, wie wir sie vom Camping kennen, unterzubringen.

In Thessaloniki besuchten wir eine Sekundarschule, in der Lehrer*innen ehrenamtlich Unterricht für Geflüchtete im Alter von 12 bis 18 Jahren organisieren. Was sie hier stemmen, ist beachtlich. Es gibt einen mit 15 Computern ausgestatteten Unterrichtsraum, der nur durch Spenden finanziert wurde. Die Lehrer*innen berichteten über typische Probleme: unterschiedliche Bildungsniveaus, die für das Alter typische rebellische Art der Jugendlichen, aber auch über das harmonische Klassenverhältnis, vor dem gemeinsamen Hintergründ einer Flucht vor Krieg und Not sowie der Vertreibung aus der Heimat. Eine Spendenaktion zum Bundesparteitag in Leipzig erbrachte 530 Euro für das Projekt für Papier, Kopierer, eine Klimaanlage und weitere Rechner.

Christopher Colditz ist örtlicher Assistent der Europaabgeordneten Cornelia Ernst im Dresdner Büro und Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen.

AUGUST

06 Ortsvorstand Pieschen
16 Uhr | Bürgerzentrum Elsa | Richard-Rösch-Straße 22

08 Treffen der AG Kommunistische Plattform (KPF)
17 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

12 Treffen der AG WiSo
Wissenschaftlicher Sozialismus
18 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

14 Stammtisch DIE LINKE. Prohlis
18 Uhr | Querformat | Herzberger Straße 6

15 Mitgliederversammlung DIE LINKE NORD
gemeinsames Grillen
19 Uhr | Parkhaus Klotzsche

Ortsverbandstreffen LINKE. Loschwitz
19:30 Uhr | Elbegarten Demnitz | Friedrich-Wieck-Straße 18

16 Quasselrunde Altstädter Stammtisch
18 Uhr | aha Café | Kreuzstraße 7
Stammtisch vom Ortsverband Neustadt
19 Uhr | Erlenklause | Hechtviertel

20 Kommunalpolitischer Treff in Langebrück
Bei Fragen Mail an: heinz.geissler@web.de
18 Uhr | Bürgerhaus, Vereinscafé (BHL)

21 Bürgersprechstunde MdL Sarah Buddeberg
16 Uhr | Wir AG | Martin-Luther Str. 21

23 Sitzung des Stadtvorstands
18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

25 Landesparteitag DIE LINKE. Sachsen
10 - 16 Uhr | Stadthalle | Hoyerswerda

26 Treffen der AG WiSo
Wissenschaftlicher Sozialismus
18 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

SEPTEMBER

01 Kundgebung zum Weltfriedenstag mit Dietmar Bartsch und André Schollbach
16 Uhr | Dr.-Külz-Ring, vor Altmarktgalerie

Sozialberatung im Haus der Begegnung
Jeden Mittwoch 17 bis 19 Uhr nach Anmeldung
Kontakt unter sozialberatung@dielinke-dresden.de oder 8583801

KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN
jeden zweiten Mittwoch 17 Uhr im Haus der Begegnung - Empore

Rosa Luxemburg Stiftung

Neu in der Bibliothek:

Timo Daum:
Das Auto im digitalen Kapitalismus: Dieselskandal, Elektroantrieb, autonomes Fahren und die Zukunft der Mobilität.
Berlin : Rosa-Luxemburg-Stiftung 2018, 95 S.

Ständige Termine in der WIR AG, Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Öffnungszeiten des **Roten Renners**, Rudolf-Renner-Str. 49
Telefon: 0351 -48298959

Dienstag von 12:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch von 14:00 bis 16:30 Uhr
Donnerstag von 13:00 bis 17:00 Uhr

Stammtisch: 1. Donnerstag im Monat, 15:30 Uhr
Vorstand: 2. Mittwoch im Monat, 17:00 Uhr

Bibliothek der RLS in der WIR-AG
Martin-Luther-Str. 21
Öffnungszeiten:
Di + Mi:
10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr
Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr



Foto: Großer Garten by Jonas Weckschmied / flickr.com / CC BY 2.0

www.dielinke-dresden.de

**Welt verändern
du willst?
Mitglied werden du kannst.**

DIE LINKE.



Zu Gast in Udine

Avanti o popolo

von Ruslan Yavorski

Ein verlängerter Mittagsschlaf liegt über der Innenstadt von Udine, denn Sonntags sind die meisten Geschäfte zu. Nur auf der Piazzale Cella viel los: Pensionisten, Studenten und Touristen genießen den ruhigen Nachmittag in zahlreichen Cafés und Gelaterias.

Aber die Idylle trägt. Noch im April skandierte der Plebs in dem traditionellen linken Hochburg Udine „Matteo, Matteo“, während eine Kamera Matteo Salvini aufnimmt. Der Lega-Chef und Sieger der jüngsten Italienwahl kam gleich zur Sache: „Italien zuerst! Wir brauchen unsere Kasernen für die Polizei und nicht als Hotels für Flüchtlinge.“ Dankbar applaudierte die Anhängerschaft. Diese Art von Wahlkampfhilfe nimmt der regionale Spitzenkandidat der Lega, Fedriga, gerne auf: „Sogar in die Bergdörfer schickte man junge Pakistani. Schluss mit der Invasion! Wir haben zu viele Flüchtlinge, vor allem in Udine.“ Da legt Fontanini, Bürgermeister-

kandidat der Lega in Udine, noch eins drauf: „Udine muss wieder eine italienische Stadt werden!“ Alles wirkungsloser Populismus, der sich mit sozialen Fragen leicht kontern lässt? Von wegen.

Genosse Giovanni ist nun von den neuesten Wahlergebnissen enttäuscht. Der Kandidat der Lega, Massimiliano Fedriga, wurde den regionalen Wahlbehörden zufolge mit 56 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten der norditalienischen Region Friaul-Julisch Venetien gewählt. Auch im Italienischen Parlament Camera dei deputati haben die Lega Nord und die Fünf-Sterne-Bewegung eine überlegene Koalition gebildet. Das bedeutet eigentlich eine rote Karte für die italienische Linke Mitte, die mit ihren sozial-liberalen Themen den Zugang zur Mehrheit der Wähler verloren hat.

„Unsere Gesellschaft wird immer älter und ängstlicher und verlangt immer mehr nach Sicherheit. Auch gestrige Mi-



granten stimmen gegen Neuankömmlinge, weil sie fürchten, dass der soziale Kuchen und der Arbeitsmarkt unter immer mehr Empfängern verteilt werden muss. Mit diesen Ängsten manipulieren die Rechten. Und dazu benutzen sie sozial-politische Rhetorik, um die Wähler zu gewinnen“, meint Giovanni. Auch, wenn auch ein größerer sozialer „Kuchen“ von den Linken versprochen wird, denke ich mir, wählt die verängstigte Mehrheit der Gesellschaft eher rechts als links. Eigentlich ähnlich wie in Deutschland, denke ich weiter.

Und ich frage mich, lassen sich die Wahlen nächstes Jahr in Dresden und in Sachsen mit „Sozialamt-Politik“ gegen Angstmacherei gewinnen? Oder vermischen die Wähler die klaren Lösungen wie im italienischen Lied: „Avanti o popolo, Bandera rosso“?

Ruslan Yavorski ist Initiator der AG Internationales in der Dresdner Altstadt

CubaSI informiert

von Ursula Zierz

Leider ging unser Parteitag mit einem unangemessenen Streit zu Flucht und Migration von Menschen und deren Aufnahme nach Europa zu Ende. Genossin Sahra Waagenknecht wurde trotz ihres eindeutigen Bekenntnisses zum Internationalismus, aber der Notwendigkeit der Bündelung aller antifaschistischen antiimperialistischen Kräfte durch DIE LINKE heftig angegriffen. Ich bin seit über 60 Jahren in der Partei und seit über 20 Jahren aktives Mitglied der AG CUBASI Dresden. Wir alle mussten nach der Wende erleben, wie schwer sich die aus der alten SED entwickelnde neue LINKE mit einem eindeutigen Bekenntnis zum Internationalismus und der Unterstützung revolutionärer Bewegungen, die ihre Gesellschaftssysteme auf einen antiimperialistischen oder sozialistischen Weg führten, verhielt. Erst 2015 wurde die Solidarität zu Kuba zum Parteitagsbeschluss erhoben!

Die über Jahre geführte Changepropaganda von Gorbatschow und Genossen hatte nicht nur zur Zerschlagung des sozialistischen Lagers, deren Volkswirtschaften und völkerrechtswidrigen Kriegen unter dem Deckmantel der Demokratie und Freiheit vonseiten der dominierenden kapitalistischen Staaten, wie der BRD, Großbritannien, Frankreich, der USA geführt. Nein, auch zur ideologischen Verwirrung der linken Parteien und ihrer eigentlichen Aufgabe auch nach einer politischen Niederlage die Kräfte zu sammeln für eine starke nationale, europäische und internationale Bewegung gegen Ausbeutung, Krieg und Faschismus, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung auf der Grundlage der Prinzipien des proletarischen Internationalismus.

Besonders Kuba sollte nach der Wende und dem Wahlergebnis seiner Bevölkerung für die Fortsetzung des sozialistischen Weges durch die Verschärfung des US-Boikotts mit dem Helm-Burton-Gesetz, dem sich



Nächster Sammlungstermin: 06. September 2018 von 10 bis 16 Uhr im Haus der Begegnung

alle kap. Länder besonders die führenden der EU gern anschlossen, zur Kapitulation gezwungen werden.

Diese Machenschaften wurden aber von Internationalisten aus allen Ländern durch materielle und finanzielle Spenden durchkreuzt. Sie klärten durch viele Veranstaltungen über die Machenschaften des US- und EU-Kap. auf. In der BRD organisierten sich Parteilose, Linke, Christen unter dem Motto: „Milch für Kubas Kinder“ und „Kuba muss überleben“. Durch das Sammeln von Spenden konnten Projekte zum Lindern großer Mängel finanziert werden. Es entstand DAS NETZWERK Cuba und 1991 die AG CUBA SI in der PDS. Die AG CUBA SI entwickelte sich bundesweit zu 42 Arbeitsgemeinschaften. Eine davon entstand 1993 in Dresden. Sie konnte innerhalb der 25-jährigen Arbeit ca. 145.000 Euro und 115 Tonnen Sachspenden sammeln, die in unserem Infoblatt dokumentiert sind.

Während unseres Bestehens erlebten wir den mutigen politischen Kampf Ku-

bas für sein Recht eine friedliche sozial gerechte Gesellschaft zu gestalten. Am Internationalismus wurde stets festgehalten. Mit zehntausenden Medizinern und Fachkräften in Katastrophengebieten trug Kuba vor Ort zur Gesundheitsversorgung und Alphabetisierung bei. Es finanzierte für zigtausende junge Menschen Lateinamerikas/ Karibik kostenlose Studien und half so den ehemals kolonialen Ländern bei der Schaffung einer jungen Intelligenz. Durch sein Vorbild und seinen Kampf gegen die Machenschaften der USA konnte Kuba mit anderen fortschrittlichen linken Bewegungen in Lateinamerika/ Karibik zur Bildung linksgerichteter Staatenbündnisse (trotz verschärfter Changepolitik der Geheimdienste) beitragen und sich zunehmend aus der Isolierung befreien.

Gegenwärtig erlebt jeder von uns den unwürdigen Umgang der deutschen bzw. europäischen neoliberalen Machthabern untereinander bei der Lösung von Flucht und Migration. Ja, glaubt denn im Ernst einer von uns, dass durch dieses System, das ja erst die Grundla-

ge für Krieg, Faschismus, Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung und das Anheizen des Weltklimas verursacht, eine Lösung herbeigeführt wird? Wer sein System auf privaten Profit aufbaut, wird die Fluchtursachen wieder nur so und menschenunwürdig lösen. DIE LINKE muss deshalb endlich alle Kräfte sammeln, um den Widerstand gegen das System mit seinen Auswirkungen durch Neoliberalismus und Krieg zu forcieren!

Zur letzten Sammlung am 7. Juni wurden insgesamt 430 Euro gespendet. Wir bedanken uns bei den Fam. und Einzelspendern Pollack, Lange, Puschengdorf, Klaut, Schalk und Müller. Durch Eure Spende konnten wir 800 Euro auf das Spendenkonto „Milch für Kubas Kinder“ zur Beseitigung der Flutschäden überweisen. Dank auch den Fam. Zwatkow und Wittenberg für Werkzeuge und Schulmaterialien. Bitte beachtet, dass wir als Spende nur noch völlig intakte Fahrräder entgegen nehmen können, da wir bis jetzt noch keine solidarische Reparaturwerkstatt gefunden haben.



Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba SI Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“



Europas neuer Datenschutz

„LIEBE BESUCHER UNSERER WEBSITE, wegen der neuen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) unserer unfähigen Politiker, haben wir unsere informative Seite einfach gelöscht. Nachdem wir unsere Kamine nicht mehr mit Holz heizen dürfen und es sicher bald neue Überraschungen zu den Dieselmotoren in unseren Transportern geben wird, ist die DSGVO der vorläufige Höhepunkt des Schwachsinn.“ So steht es auf der Homepage eines Malermeisters bei Chemnitz. Und er scheint damit die Stimmung zu treffen. Doch hat er damit Recht? Die Europaabgeordnete Cornelia Ernst steht dazu Rede und Antwort.

Inwiefern warst Du als Europaabgeordnete am Zustandekommen der neuen DSGVO beteiligt?

Das Europaparlament hat die DSGVO am 14.4.2016, also vor mehr als zwei Jahren, abgestimmt. Ich habe der neuen DSGVO als Europaabgeordnete, als Mitglied des fachlich zuständigen LIBE-Ausschusses sowie fachlich zuständige Politikerin meiner Fraktion zugestimmt.

Hältst Du die neue DSGVO für wichtig und richtig? Warum?

Die DSGVO ersetzt das bisherige Regelwerk, das noch aus den neunziger Jahren stammt und ein europäischer Flickenteppich war. Erstmals gelten damit EU-weit dieselben modernen, internet-festen Regeln in Hinblick auf die Verwendung und Verarbeitung personenbezogener Daten.

Privatsphäre und Datenschutz sind essentielle Rechte, ohne die eine Demokratie im Zeitalter des Internets nicht funktionieren kann. Technische Min-

deststandards müssen einklagbar sein. Datenschutz durch Technikgestaltung („privacy by design“) und Datenschutz durch Voreinstellung („privacy by default“) gehören dazu und dürften für einen Malerbetrieb kein Thema sein.

Vor allem geht es um die Rechte auf Auskunft und Löschung, und dies insbesondere bei Unternehmen, die im großen Stil personenbezogene Daten verarbeiten. Die verstehen nur eine Sprache: Wer sich vorsätzlich nicht an die Regeln hält, wird zur Kasse gebeten, und das nicht zu knapp.

Was antwortest Du Unternehmen, die verunsichert sind und wegen der bürokratischen Vorgaben stöhnen?

Auf jeden Fall nicht, die eigene Webseite zu löschen. Wer verunsichert ist, kann sich u.a. an die Datenschutzbehörden der Ländern wenden. Die allermeisten Handwerker verarbeiten doch nur die Daten, die sie wirklich benötigen, Namen, Adressen, Rechnungen. Da reicht eine einfache Datenschutzerklärung aus. So hat die Deutsche Gesellschaft

für Datenschutz ein Muster erstellt, mit dem man diese per Klicks für die eigene Situation angepasst selbst generieren kann (<https://dsgvo-muster-datenschutz.de/#1486566992249-6e4baf94-a4d0>)

Grundsätzlich: In vielen Bereichen gibt es schon heute Dokumentationspflichten sowie Vorgaben. Die Mehrheit kommt gar nicht auf die Idee, die heute für die Autoindustrie und den Straßenverkehr geltenden Vorgaben und Verpflichtungen, die Standard sind, in Frage zu stellen.

Sind die Inhalte und die Folgen der DSGVO durch die Europäische Union aus Deiner Sicht ausreichend kommuniziert worden?

Offensichtlich ist dies im Falle des Unternehmers aus Sachsen wie auch vieler anderer nicht geschehen. Die Verantwortung liegt dafür aber nicht beim Europaparlament, sondern bei der Bundes- und Landesregierung, deren Aufgabe es ist, gemeinsam beschlos-

senes europäisches Recht auch Wirklichkeit werden zu lassen. Es scheint, als ob diese Bundesregierung bewusst tatenlos blieben, um so noch einmal gesellschaftlichen Druck zu erzeugen, um den einmal erzielten Kompromiss wieder auflösen zu können. Damit würde sie aber nicht der Vielzahl an deutschen und europäischen Unternehmen dienen, sondern vor allen den großen US-amerikanischen Internetunternehmen.

Während der Arbeit an der DSGVO haben wir ein bis dahin unbekanntes Mass an Lobbyarbeit erlebt. Buchstäblich jede Wirtschaftsvereinigung und jeder Branchenverband haben sich vier Jahre lang intensiv mit dem Gesetz beschäftigt. Wenn jetzt die Firmen aus allen Wolken fallen frage ich mich schon, ob das hätte sein müssen.

www.cornelia-ernst.eu

Lastschriftinzugserlaubnis

Spende in Höhe von €

- Spende monatlich
 Spende quartalsweise
 Spende einmalig

Vorname

Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

IBAN

BIC

Kontoinhaber/in (falls abweichend)

Kontoinhaber/in-Unterschrift (falls abweichend)

Datum

Unterschrift

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
 Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
 Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
 E-Mail: Linksblatt@web.de
 V.i.S.d.P. Jens Matthis
 Satz und Layout: Max Kretzschmar
 Mitarbeit an dieser Ausgabe: Jens Matthis,
 Katja Kipping, Dr. Cornelia Ernst, Christo-
 pher Colditz, Ruslan Yavorski, Paul Hösler,
 Dietrich Holz, Günter Richter, Thies Gleis,
 Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei
 GmbH Cottbus

Zum Ausschneiden und Versenden an:
 DIE LINKE. Dresden
 Großenhainer Str. 93
 01127 Dresden